



# BASELBIETER FREISINN

Baselland	2/3/4/5	Page Romande	10	Seite der Präsidentin	18	Digitalisierung Schule	20
Neue Präsidentin FDP Frauen	6	Rückblick DV Freiburg	12/13	Buch «Die Durcheinanderwelt»	19	Tag der FDP 2017	24

6. Jahrgang / Erscheint viermal jährlich / Offizielles Organ der FDP. Die Liberalen Baselland

## Inhalt

### Militär attraktiver gestalten

Der Milizgedanke sichert die enge Verbindung zwischen Gesellschaft und Armee und stärkt den nationalen Zusammenhalt. Zumal die Basis jedoch zunehmend erodiert, plädiert Nationalrat Marcel Dobler dafür, dass neue Modelle erdacht werden müssen, um den Militärdienst attraktiver zu gestalten.

Seite 11

### Energiestrategie 2050

Die Schweizer Stimmbevölkerung wird am 21. Mai über das neue Energiegesetz abstimmen. Die Vorlage enthält positive wie negative Aspekte. FDP. Die Liberalen hat sich vor einer kritischen Debatte nicht gescheut und nach intensiven internen Diskussionen schliesslich die Ja-Parole gefasst, weil für die Mehrheit die positiven Aspekte überwiegen.

Seiten 14 und 15

### Perle aus dem Archiv

Wie sah die freisinnige Politik in der Vergangenheit aus? In einem Beitrag zeigen wir anhand der Bildungspolitik der 70er- und 80er-Jahren auf, welche Positionen die Freisinnigen schon vor rund 40 Jahren vertraten.

Seite 21

## Tolle Jahre mit Spitzenleuten

### Liebe Freisinnige

Wie ich am Parteitag vom 23. März 2017 angekündigt habe, werde ich nach zehn Jahren im Parteivorstand, davon fast sechs Jahre als Präsidentin, auf den nächsten Parteitag vom 14. August 2017 zurücktreten. Es ist ein tolles Amt. Es ist ein anspruchsvolles Amt. Es ist ein Amt mit viel Verantwortung, das ich mit Herzblut und viel Freude ausgeübt habe. Es ist aber auch ein Amt, für das ich täglich drei bis vier Stunden Arbeitszeit investiert habe. Gerade auch in ausserordentlichen Zeiten, zum Beispiel während eines Wahlkampfes, kann der zeitliche Aufwand des Amtes rasch einmal ein Mehrfaches betragen. Da ich vor gut einem Jahr mit meinem Geschäftspartner eine eigene Firma gegründet habe – ein Unternehmen, das blüht und mehr und mehr Zeit beansprucht –, wäre es nicht richtig, das Parteipräsidium auch noch zu führen. Das gilt insbesondere, da bereits in zwei Jahren wieder die ordentlichen Wahlen anstehen.

Ein umsichtiger Präsident beginnt bereits jetzt mit den Wahlvorbereitungen. Darum scheint mir jetzt der richtige Zeitpunkt zu sein, damit der Weg frei wird, die kommenden Wahlen seriös und in kluger Art und Weise anzugehen. Dafür braucht es ein eingespieltes Team. Die von der Parteileitung eingesetzte Findungskom-



Christine Frey

mission unter Peter Issler leitet derzeit die notwendigen Schritte ein, damit der Übergang von der alten Führungsmannschaft zur neuen Crew reibungslos vonstattengeht und unsere Partei so stark in den Wahlkampf einsteigen kann, wie dies vor zwei Jahren der Fall war.

Wenn ich noch etwas weiter zurückblicke, ins Jahr 2012, als ich das Parteipräsidium übernehmen durfte, so stelle ich fest: Wir haben seither viel erreicht. Die bürgerliche Allianz hat in den vergangenen Jahren so gut

funktioniert wie selten zuvor. Die Partei ist bestens aufgestellt mit ihren zwei Regierungsrätinnen, 17 Landratsmitgliedern und ihrer Nationalrätin. Das sind tolle Wahlerfolge, die wir gemeinsam erzielen konnten. Die Zusammenarbeit mit den anderen bürgerlichen Parteien ist sehr gut. Das war nicht nur bei den vergangenen Wahlen so, das ist auch jetzt im Landrat der Fall. Kein Wunder also, befindet sich auch unser Kanton finanziell

Fortsetzung auf Seite 2

# Hochleistungs-Strassennetz ist auszubauen

**Christoph Buser, Landrat**

Das Baselbiet ist landesweit bekannt. Leider liegt das nicht an einer speziell attraktiven Steuersituation. Es liegt auch nicht an einer besonders zielführenden Wirtschaftsförderung oder einer wirklich erfolgreichen Wirtschaftsoffensive. Bekannt ist unser Kanton vor allem «dank» der Stau-meldungen am Radio. Selbst in Zürich kennt man die Verzweigung Augst oder das Nadelöhr Angenstein. Eine zweifelhafte Bekanntheit.

Umso erfreuter bin ich, dass die kantonale Volksinitiative zum «Ausbau des Hochleistungs-Strassennetzes» mit 3235 gültigen Stimmen zustande gekommen ist und am vergangenen 23. Februar eingereicht werden konnte. Die grosse Anzahl Unterschriften ist ein starker Beleg dafür, dass das Anliegen einem in der Baselbieter Bevölkerung breit abgestützten Willen entspricht. Die Initiative verlangt nämlich, dass eine rückstaufreie Aufnahme des Verkehrs aus dem öffentlichen Strassennetz, das mit dem Hochleistungs-Strassennetz verbunden ist, gewährleistet wird. Bestehende Engpässe sollen beseitigt werden.



Christoph Buser

Darüber hinaus sollen die Verkehrs- und Wirtschaftsverbände sowie die regierungsrätliche Kommission «Task Force Anti-Stau» in die Planungs- und Umsetzungsprozesse miteingebunden werden.

Wie notwendig diese Initiative ist, zeigt die Tatsache, dass der Bund ganz offensichtlich nur auf entsprechende Signale aus der Region wartet. Dazu ist es nötig – wie die Initiative ebenfalls fordert –, dass das Baselbiet mit den Kantonen, die an unser Hochleistungs-Strassennetz angrenzen, Verhandlungen über eine Zusammen-

arbeit aufnimmt, insbesondere mit Basel-Stadt. Bundesbern wird langsam ungeduldig: «Wir wären froh, wenn Basel-Stadt mal einen Grundsatzentscheid fällen würde», sagte beispielsweise Thomas Rohrbach, Sprecher des Bundesamts für Verkehr (Astra), in der «Schweiz am Wochenende» vom 18. März 2017 in Bezug auf die Umsetzung des Gundeli-Tunnels. Und was entgegnet Roger Reinauer, Leiter des Basler Tiefbauamts, auf diese klare Ansage aus Bern? «Wir haben Verständnis für die Ungeduld beim Bund.» Dieses Verständnis ist löblich, allerdings handelt es sich wohl mehr um ein Lippenbekenntnis, denn Roger Reinauer findet: «Wir müssen den Bund aber weiter trösten.» Wäre es nicht so traurig: Man könnte glatt in Gelächter ausbrechen. Doch wen wundert die Aussage des Basler Staatsangestellten, hatte doch der verantwortliche Regierungsrat Hanspeter Wessels (SP) den Gundeli-Tunnel nach dem Nein des Baselbiets zur ELBA-Vorlage im November 2015 als nicht mehr notwendig bezeichnet. Das Projekt biete keinen offensichtlichen Nutzen, meinte der passionierte Velofahrer.

Umso wichtiger ist es nun, «die im gegenseitigen Interesse liegenden Massnahmen in die Wege zu leiten», wie es in der Initiative heisst. Die Baselbieter Regierung muss aufgrund der regionalen Verflechtung rasch und eng mit den angrenzenden Kantonen und Hand in Hand mit dem Bund entsprechende Konzepte erarbeiten. Denn unsere Region erstickt im Verkehr. Ich bin der Meinung, dass wir dies nicht länger hinnehmen können. Das finden auch die mehr als 3200 Personen, welche die Initiative unterschrieben haben.

Nach den Volksinitiativen «Verhinderung von 7 Jahren Dauer-Stau in der Hagnau» und «Sicherung der Verkehrskapazität auf der Rheinstrasse Pratteln–Liestal» ist die jetzt publizierte Initiative das dritte Volksbegehren des Überparteilichen Initiativkomitees für eine staufreie Verkehrsinfrastruktur im Baselbiet. Das Komitee ist politisch breit abgestützt. Vertreten sind Exponentinnen und Exponenten der Verkehrsverbände und der bürgerlichen Parteien im Baselbiet. Aus den Reihen der FDP sind es unter anderem Christine Frey, Andreas Dürr und Christof Hiltmann.

## Fortsetzung von Seite 1

wieder auf dem aufsteigenden Ast – auch wenn die einmalige Pensionskassenrückstellung vorübergehend ein Loch ins Budget gerissen hat. Ohne die stetigen Sparanstrengungen unter dem Lead der FDP würde sich die Lage weit schlimmer präsentieren.

Wir haben nicht nur in der kantonalen Politik viel miteinander erreicht, sondern auch innerhalb der Partei. Wer erinnert sich nicht an die Medienberichte von vor bald sechs Jahren, als es hiess, die FDP Baselland gleiche einem Scherbenhaufen, den es zusammenzuwischen gelte? Heute ist die Partei geeinter als je zuvor. Sie ist modern aufgestellt. Alle Positionspapiere sind überarbeitet und vom Parteirat verabschiedet worden.

Die Statuten und das Reglement bezüglich Mandatsbeiträgen wurden überarbeitet. Es wurde ein klarer Meinungsbildungsprozess definiert, der sicherstellt, dass sämtliche Parteigremien involviert und vor wichtigen Entscheiden abgeholt werden. Die Geschäftsstelle wurde deutlich verschlankt, die Prozesse klar definiert und gestrafft. Durch diese Massnahmen konnte die Partei viele finanzielle Mittel freimachen – Geld, das in die politische Arbeit geflossen ist.

Neben alledem haben wir unsere Kommunikation professionalisiert. Regelmässige Informationen an alle Mitglieder sind etwas, das ich immer als sehr wertvoll empfunden habe. All dies und die erwähnten politischen

Erfolge haben dazu geführt, dass die Partei auch in der Öffentlichkeit wieder gut wahrgenommen wird.

Bei all den positiven Aspekten gibt es natürlich auch immer den einen oder anderen Wermutstropfen. Das wird unter dem neuen Präsidium nicht anders sein. Ich empfinde es beispielsweise nicht als besonders zielführend, wenn sich einzelne Exponenten der Partei nach der Parolenfassung öffentlich mit einer anderen Meinung als Sprachrohr gebärden. Dies nach einer langen, differenzierten internen Meinungsfindung, an der sich die betreffenden Personen kaum je haben blicken lassen. Alles hat seine Zeit. Mitreden, mitarbeiten, sich einbringen – aber eben auch schweigen.

Es ist mir ein grosses Anliegen, einerseits schon jetzt dem neuen Parteipräsidium viel Erfolg, Umsicht und gutes Gelingen zu wünschen. Gefragt sind jetzt kluge personelle Entscheide, denn das Präsidium hat einen wesentlichen Einfluss darauf, in welche Richtung sich die Partei bewegt. Andererseits möchte ich «meinem» Team herzlich danken: für das Mitziehen am Karren, für die spannenden Diskussionen, für die gemeinsamen Erfolge, für sechs tolle Jahre mit Spitzenleuten. Ich hoffe, dass auch das nächste Präsidium so konstruktiv miteinander arbeitet, wie ich das erleben durfte.

**Christine Frey,  
Präsidentin FDP Baselland**

Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion

# Heisse Eisen – auch im laufenden Jahr

Auch 2017 scheut sich die Baselbieter Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion nicht, heisse Eisen anzufassen. Neben den täglichen Herausforderungen, dem Dialog mit den Partnern unter anderem in Basel-Stadt und in der eigenen Direktion, stehen wichtige Volksabstimmungen an. Und: Ein wegweisender Personalentscheid konnte bereits gefällt werden.

**Monica Gschwind,**  
Regierungsrätin

Eine grundsätzliche Aufgabe als Regierungsrätin besteht in der Vermittlung zwischen den Beteiligten. Alle Involvierten an einen Tisch zu bringen und die unterschiedlichsten Interessen aller Stakeholder einzubeziehen, ist zwar eine schöne, oftmals aber auch eine herausfordernde Aufgabe. Ein geordneter Prozess und gegenseitiges Vertrauen: Sie bilden die Basis für gute Verhandlungsverläufe mit mehrheitsfähigen Entscheiden. Das laufende Jahr ist geprägt von mehreren solcher Entscheidungsprozesse: die Verhandlungen und Geschäfte rund um die Universität Basel, diverse anstehende Volksabstimmungen für die Volksschulen, die Umsetzung des Mehrsprachenkonzepts Passepartout sowie die Stärkung der Führung der Schulen. Vor diesem Hintergrund bin ich umso erfreuter, dass es uns gelungen ist, per 1. April 2017 die Schlüsselposition des Leiters Amt für Volksschulen (AVS) neu zu besetzen. Der Regierungsrat wählte den 54-jährigen Sissacher Beat Lüthy zum neuen Dienststellenleiter. Lüthy ist verheiratet und Vater von drei Kindern.

## Universität Basel

Personelle Veränderungen stehen auch auf anderen Gebieten an: So ist der öffentliche Bewerbungsprozess für die vier durch den Regierungsrat zu wählenden Baselbieter Universitätsrats-sitze angelaufen. Der Universitätsrat muss per 1. Januar 2018 auf den Beginn der neuen Leistungsperiode neu bestellt werden. Ungeachtet des Bewerbungsprozesses laufen die Verhandlungen zwischen den Regierungen Baselland und Basel-Stadt zum neuen Globalbeitrag auf Hochtouren.



Monica Gschwind

Oberstes Ziel ist es, die gemeinsame Trägerschaft der Universität Basel in eine langfristige Zukunft zu führen. Die Vorlage zum neuen Leistungsauftrag muss in beiden Parlamenten mehrheitsfähig sein. Auch aus diesem Grund ist es essenziell, diese Verhandlungen nicht schon im Vorfeld breit und öffentlich zu führen.

## Volksabstimmungen

Auch 2017 stehen wieder Volksabstimmungen zu Bildungsfragen an. Zu nennen ist etwa die Abstimmung zur Abschaffung der Privatschulbeiträge im Baselbiet. Dabei geht es um eine heikle Frage. Denn der Kanton stellt nicht nur den Schülerinnen und Schülern ein unentgeltliches und gutes Angebot an öffentlichen Schulen während der obligatorischen Schulzeit zur Verfügung, er entrichtet bisher auch Beiträge an Privatschulbesuche. Zurzeit werden Erziehungsberechtigte von rund 1500 Kindern jährlich mit 2500 Franken unterstützt – eine Be-

sonderheit. Denn diese Unterstützung kennen nur zwei Kantone: Zug und Baselland. Angesichts der Kernaufgaben des Kantons ist auf diese Subvention nach dem Giesskannenprinzip zu verzichten. Muss allerdings ein Kind aus gesundheitlichen oder pädagogischen Gründen einer Privatschule zugewiesen werden, sollen diese Kosten nach wie vor durch den Kanton übernommen werden – so sieht es die Vorlage vor.

## Initiative «Ja zu fachlich kompetent ausgebildeten Lehrpersonen»

Zu einer weiteren anstehenden Volksabstimmung mit dem Titel «Ja zu fachlich kompetent ausgebildeten Lehrpersonen» haben die Initianten bereits erste Plakate aufgehängt. Der Titel der Initiative ist verfänglich. Sie verlangt nämlich, dass künftige Sekundarlehrerinnen und -lehrer ein Studium an der Universität und im Anschluss eine einjährige pädagogische Ausbildung an einer Pädagogischen Hochschule (PH) absolvieren müssen, um eine feste Anstellung an einer Baselbieter Sekundarschule zu erhalten. Mit dieser stärkeren Gewichtung der Fachausbildung an der Universität soll laut Initianten die Qualität des Unterrichts an den Sekundarschulen gesteigert werden. Doch die heutige fachliche Ausbildung für Sekundarlehrpersonen ist schon qualitativ hochstehend und bewährt sich in der ganzen Schweiz. Bei einer Zustimmung zur Initiative würde sich der Kanton Baselland auf dem Schweizer Arbeitsmarkt für Lehrpersonen isolieren, weil er die bestehende Interkantonale Vereinbarung über die Anerkennung von Ausbildungsabschlüssen kündigen müsste. Die Umstellung der Ausbildung und die damit verbundene Schaffung eines eigenen Lehrgangs für Sekundarlehr-

rinnen und -lehrer würden überdies massive Mehrkosten nach sich ziehen.

## Mehrsprachenkonzept Passepartout

Ein heisses Eisen ist nach wie vor das neue Mehrsprachenkonzept Passepartout, an welchem sich die sechs Kantone BL, BS, SO, BE, FR und VS beteiligen. Insbesondere der Französischunterricht und das dafür entwickelte Lehrmittel stehen in der Kritik. Verschiedentlich wurde gar ein Abbruch gefordert. Dies wäre aber zum jetzigen Zeitpunkt nicht zielführend. Voraussetzung dafür wäre zwingend eine repräsentative Wirkungskontrolle. Die geplante sechskantonale Wirkungskontrolle – 2017 auf der Primarstufe und 2020 auf der Sekundarstufe – muss abgewartet werden, bevor grundlegende Entscheide gefällt werden können. Alles andere wäre nicht seriös. Erste Ergebnisse zur Wirksamkeit der neuen Lehrmittel liegen also voraussichtlich 2018 bzw. 2021 vor. Bis dahin wären Systemänderungen kontraproduktiv.

Die Aufgaben der BKSD sind zahlreich, die Herausforderungen gross, die Eisen heiss. Sie werden mit viel Schwung geschmiedet. Damit erhalten sie eine gefällige und passende Form. Die Vermittlung zwischen den Beteiligten ist dabei entscheidend.

Altersvorsorge 2020

# Mitte-links hat keine Reform, sondern ein Durcheinander produziert!

**Daniela Schneeberger,**  
Nationalrätin

Es ist von rechts bis links unbestritten, dass unsere Altersvorsorge reformiert werden muss, um sie für die nächsten Jahre auf eine stabile Grundlage zu stellen. Das Parlament hat nun allerdings diese Chance verpasst und in der Frühlingssession einen Ausbau der AHV beschlossen, der nicht finanzierbar ist. Die Konferenz der kantonalen Parteipräsidentinnen und -präsidenten der FDP Schweiz hat deshalb bereits am 20. März einstimmig beschlossen, der Delegiertenversammlung vom 24. Juni 2017 die Ablehnung dieser Vorlage zu beantragen. Die Volksabstimmung findet am 24. September statt.

## Scheinlösung führt zur Zwei-Klassen-AHV

Bei der von Mitte-links durchgesetzten Revision der AHV handelt es sich um eine Scheinlösung. SP und CVP haben eine Zwei-Klassen-AHV geschaffen und gefährden damit die gesellschaftliche Solidarität: Die heutigen Rentner werden bestraft, indem sie künftig mehr Mehrwertsteuer bezahlen müssen, währenddem die 20 Jahrgänge, welche nach Inkrafttreten der Reform in Rente gehen, 70 Franken mehr AHV erhalten, obwohl sie von den Rentenkürzungen der Reform verschont werden. Dieses giesskannenartige Vorgehen stellt die 2,2 Millionen bestehenden Rentner schlechter, während die 20 Jahrgänge danach massiv bevorteilt werden.

Die AHV ist mit dieser «Scheinreform» alles andere als gesichert. Der Eintritt der Babyboom-Generation in die Rente belastet unser Sozialwerk bereits heute. Die beschlossene Rentenerhöhung wird das strukturelle Problem weiter verschärfen. Und die MWST-Erhöhung um 0,6 Prozent wird am finanziellen Missstand nichts ändern, sondern diesen nur nach hinten



Daniela Schneeberger

schieben: Spätestens ab 2030 wird die AHV in ein noch grösseres Problem geraten. Mit der Erhöhung der Lohnprozente um 0,3 Prozent kommt diese Reform schliesslich auch alle aktiv Arbeitenden in der Wirtschaft, im Besonderen die kleinen und mittleren Unternehmen, teuer zu stehen. Angesichts der düsteren finanziellen Aussichten ist es nur eine Frage der Zeit, bis weitere MWST- und Lohnprozente nötig werden, um die AHV weiter finanzieren zu können.

Die Rentenerhöhung um monatlich 70 Franken wird sich auch nachteilig auf die Entwicklung des Bundesbudgets auswirken. Denn der Bund finanziert die AHV-Ausgaben im Umfang von rund 20 Prozent mit. Damit wird der Druck der Schuldenbremse auf die schwach gebundenen Ausgaben weiter zunehmen, und es wird zusätzliche Sparpakete in den Bereichen Sicherheit, Bildung, Landwirtschaft und Kultur erfordern. Mit grosser Sicherheit werden SP und CVP, die für das vor-

liegende Reform-Desaster verantwortlich sind, diese Sparpakete dann entschieden bekämpfen und wiederum den Bürgerlichen den Schwarzen Peter zuschieben.

## FDP war bereit zu Kompromissen

Unsere Partei hat während der gesamten Beratung der «Altersvorsorge 2020» immer wieder Hand geboten, um tragfähige und auch sozialverträgliche Lösungen zu finden. So wollten wir Möglichkeiten schaffen, dass Arbeitnehmende mit tiefen Einkommen früher hätten in Pension gehen können. Auch waren wir bereit, in schwierigen Zeiten auf einen Interventionsmechanismus zu verzichten: Die AHV-Schuldenbremse war ein Kernstück der nationalrätlichen Vorlage. Dieser «Rentenretter» hätte garantiert, dass die AHV trotz finanzieller Notlage volle Renten auszahlen kann. Wir wären auch bereit gewesen, auf die Reform der Witwen- und der Kinderrenten zu verzichten, obwohl beides

eigentlich zeitgemäss gewesen wäre und die AHV entlastet hätte – im Falle der Witwenrente um jährlich 410 Millionen Franken, bei der Kinderrente um jährlich 200 Millionen. Mit diesen Vorschlägen wollten wir die Vorlage sachlich richtig retten. Doch SP und CVP waren offensichtlich zu keinem Zeitpunkt an einer finanziell tragfähigen Lösung interessiert. Sie haben aus falschen Motiven heraus stur an der AHV-Erhöhung von 70 Franken für Neurentnerinnen und -rentner festgehalten. Dabei haben sie übrigens auch ausgeblendet, dass diese Erhöhung nicht nur die erwähnte Zwei-Klassen-AHV schafft, sondern dass die Auswirkung unsozial ist. Denn alle jene, die auf Ergänzungsleistungen angewiesen sind, erhalten diese aufgrund der höheren Rentensumme nur noch gekürzt oder gar nicht mehr. Da die AHV im Gegensatz zu den Ergänzungsleistungen versteuert werden muss, stehen diejenigen, welche schon wenig haben, mit der Reform noch schlechter da.

Mit der vom Parlament denkbar knapp beschlossenen Reform erweisen wir der AHV, unserem wichtigsten Sozialwerk, einen Bärendienst. Es handelt sich um eine gefährliche Scheinlösung, welche das Gegenteil bewirkt, als die AHV langfristig auf eine finanziell solide Grundlage zu stellen und den bisher bewährten Generationenvertrag weiterzuführen. Aus diesem Grunde müssen wir Freisinnigen alles dafür tun, dass diese Vorlage am 24. September vom Volk abgelehnt wird. Anschliessend gilt es, in kleinen, für die Stimmbürgerinnen und -bürger klar nachvollziehbaren Schritten die nötigen Reformen anzupacken – eine Politik der kleinen Schritte ist angezeigt, gerade schwierige und unpopuläre Themen müssen erklärt werden, denn dann ist die Schweizer Bevölkerung bereit, mitzuhelfen. Die AHV ist zu wichtig, als dass man sich hier Sand in die Augen streuen dürfte.

Jungfreisinnige Baselland

# Jungfreisinnige gegen Abschaffung der Amtszeitbeschränkung im Landrat

**Naomi Reichlin,**  
Jungfreisinnige BL

Die Jungfreisinnigen Baselland lehnen die Abschaffung der Amtszeitbeschränkung im Landrat ab. Im Folgenden werde ich diese Entscheidung begründen. Ein Blick zurück lohnt sich: Die Amtszeitbeschränkung im Landrat wurde im Jahre 1971 eingeführt, und zwar durch einen Anstoss von bürgerlichen Parteien. Diese störten sich daran, dass einzelne Personen seit 40 oder 50 Jahren im Landrat Einsitz nahmen. Das Stimmvolk bestätigte das Bedürfnis nach einer Amtszeitbeschränkung schliesslich mehrfach: 1971 und 1984 wurde eine Abschaffung abgelehnt und 1989 einer Verlängerung auf vier Amtsperioden zugestimmt.

Als Freisinnige lässt uns das Argument natürlich nicht kalt, das aktive und passive Wahlrecht würde durch eine Amtszeitbeschränkung unliberal



Naomi Reichlin

beschnitten. Wir sind aber zum Schluss gekommen, dass die Amtszeitbeschränkung eine tiefere Liberalisierung zur Folge hatte: Verkrustete Strukturen wurden mit ihrer

Einführung aufgebrochen, Verfilzungen werden bis heute erschwert. Eine verstärkte Umwälzung wird ermöglicht und der Einfluss von frischen Ideen, Querdenkern und hinterfragenden Stimmen erleichtert. Nicht verstehen können wir hingegen das Argument, die Limite von vier Amtsperioden erschwere es, die eigenen Kompetenzen und Ideen im Landrat einzubringen. Nach der jetzigen Regelung kann ein stets wiedergewähltes Mitglied des Landrates mindestens 13 und höchstens 16 Jahre lang im Amt bleiben. Diese Zeit genügt, um persönliche Motivationen und Kompetenzen einzubringen. Nicht zu vergessen gilt es, dass für hervorragende und populäre Politiker die Möglichkeit besteht, nach einer vierjährigen Pause wiedergewählt zu werden. Dazu kommt, dass amtsältere Personen zwar über mehr Routine und Know-how des Parlamentsbetriebes verfügen mögen, dadurch aber nicht auto-

matisch zu besseren Politikerinnen und Politikern werden. Es kann sogar gut sein, dass nach einer sehr langen Amtszeit der hinterfragende Geist ermüdet und eine gewisse Bequemlichkeit überhandnimmt. Trotzdem ist es ohne Amtszeitbeschränkung für Parteien verlockend, immer wieder Bisherige aufzustellen, da jene meist über die besten Wahlchancen (aber nicht unbedingt über die beste Eignung) verfügen.

Last but not least möchten wir unsere Stimme für eine ganze Generation von guten und motivierten Politikerinnen und Politikern erheben, für welche der bereits hindernisreiche Einstieg in die Politik ohne Amtszeitbeschränkung noch zusätzlich erschwert würde. Wertvolles Potenzial käme somit noch weniger zum Zug. Aus diesen Gründen lehnen die Jungfreisinnigen eine Abschaffung der Amtszeitbeschränkung ab und bitten Sie, es ihnen gleichzutun.

## Und dann noch dies ...

### Wie die Alten sangen ...

Adil Koller, der neue Präsident der SP BL, machte aus seinem Herzen wahrlich keine Mördergrube, als sich zwei Mitglieder seiner Landratsfraktion erfrechten, in der Kommission nicht so zu reden und zu stimmen, wie es der Parteilinie entsprach. Neben dem gesalzenen präsidialen Ruffel, notabene in den Medien, an die Adresse der Sünder verlangte er zusätzlich von der Fraktionspräsidentin, sie solle die Übeltäter aus dieser Kommission wegversetzen. So weit, so gut oder eher so schlecht.

Nun ist das Parteipräsidium ja wahrlich nicht immer ein Zuckerschlecken, und wohl jeder und jede hat sich schon über seine lieben Genossinnen und Genossen grün und blau ge-

ärgert. Und doch sollte auch der liebe Adil lernen, dass für den Umgang mit Parlamentariern besondere Regeln gelten. Sie stimmen nämlich gemäss geltender Verfassung ohne Instruktionen, das heisst, man darf ihnen nicht vorschreiben, wie und was sie zu stimmen und wen sie zu wählen haben. Diese Regel soll unter anderem das verhindern, was in alten Zeiten vor allem bei linken Parteien üblich war, nämlich dass das Zentralkomitee der Partei bestimmte, wie und für wen die Parlamentarier ihre Stimme abzugeben hatten. Wer nicht kuschte, konnte versetzt oder ausgeschlossen werden. Damals.

### Ohne den Anderen geht es nicht!

Der Beschluss der beiden Basel, die

Kantonsspitäler zu fusionieren, hat auch Gegenwind ausgelöst. Wohl allen noch im Gedächtnis ist die (Gott sei Dank nicht wahrgemachte) Drohung des damaligen Regierungsrates Christoph Eymann (LDP BS), er werde die Fusion verhindern, wenn das Baselbiet an seiner Absicht festhalte, die Beiträge an die gemeinsame Uni zu reduzieren. Und die Baselbieter Initiative zum Bruderholzspital, über die wir nächstens abstimmen, würde bei einer Annahme wohl die Geschäftsgrundlage für die Fusion zerstören, auch wenn die Initianten das bestreiten.

Es geht heute für beide Basel um weit mehr als «nur» den Weiterbetrieb des Bruderholzspitals im bisherigen Rahmen und die finanziellen Folgen.

Auf dem Spiel steht die Beteiligung der beiden Basel an der hochspezialisierten Medizin, an der in Zukunft schweizweit nur noch Spitäler mit genügend grossen Fallzahlen teilnehmen können. Nur mit der Zusammenlegung beider Kantonsspitäler wäre das Mitmachen neben etwa Zürich, Genf/Lausanne und Bern für die beiden Basel möglich. Und das wollen wir doch alle. Wir wollen auch bei der Spitzenmedizin in der Spitzengruppe bleiben! Davon profitieren natürlich vor allem die Patienten. Damit werden aber auch, in Zusammenarbeit vor allem mit der Universität, Ausbildungs- und Forschungsstätten erhalten. Und das geht halt nur gemeinsam!